PB.R-02

Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen – Kernpunkte grüner Regierungspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt:	PB-R Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft

Globalalternative zum Schlusskapitel PB.R-01: Die Antragsteller*innen beantragen, den Antrag am Ende des Wahlprogramms anstelle des PB.R-01 „Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft“ einzufügen.

Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbarer "Grüner Handschrift" im Koalitionsvertrag:
Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren

Die Große Koalition produziert Armut und Chaos. Fortschritte hinsichtlich der großen klima-, friedens- und sozialpolitischen Herausforderungen, sowie der Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie sind kaum erkennbar. Wir wollen das beenden. Deshalb und nur deshalb wollen wir Deutschland regieren. In einer Koalition sind Kompromisse unvermeidlich. Deshalb wollen wir unseren Wähler*innen diejenigen Ziele klar benennen, die wir für eine Koalition nicht aufgeben werden.

Das betrifft vor allem die beiden großen Bedrohungen unserer Zeit: Den Klimawandel und die zuletzt stark gestiegene nukleare Bedrohung. Eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis wird es mit uns nicht geben! Sollten sich mögliche Koalitionspartner hinsichtlich der von uns formulierten zehn Punkte nicht kompromissbereit zeigen, werden wir unsere Anstrengungen verstärken, mit starker Oppositionsarbeit für künftige Wahlen für Mehrheiten für unsere Werte und Ziele zu werben.

1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten

Die Corona Pandemie ist Mahnung und Warnung zugleich. Die weltweite, schon lang andauernde und immer weiter beschleunigte Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt unseres Planeten sind mitverantwortlich für den Ausbruch der Pandemie. Wenn wir daraus nicht lernen, sind künftige Pandemien geradezu vorprogrammiert. Pflanzen, Tiere und ihre Lebensräume zu schützen und die Klimaänderung zu bekämpfen ist eine Menschheitsaufgabe. Alle Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel bereits die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen gefährdet oder schon vernichtet. Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2030 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende und schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab. Den Übergang zur klimaneutralen Industrie werden wir in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertretungen und der Industrie, sozialverträglich für die Menschen gestalten, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden.

Als Mitglied der Europäischen Union werden wir uns ebenso für diesen Übergang zur klimaneutralen Industrie einsetzen wie international. Der Umbau wird nur gelingen, wenn die Menschheit endlich Globalisierung und internationale Kooperation als Chance zur ökologischen und sozialverträglichen Umgestaltung unseres Wirtschaftens nutzt.

Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO2 und andere klimaschädliche Gase ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke, zuerst die Braunkohle-Kraftwerke, schalten wir umgehend ab. Die EU-Klimaschutzziele 2030 beschreiben allerdings nur die Untergrenze des unbedingt Nötigen. Auch für die 40 Zement-herstellende Unternehmen, die den Bedarf der Bauindustrie decken, gelten bisher keinerlei klimawirksame Auflagen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch hier verbindliche, umweltschützende Grenzwerte eingeführt werden.

2. **Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

Auch wenn in Deutschland 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, bleibt bis zum endgültigen Atomausstieg noch viel zu tun. Die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen, vor allem für die noch lange benötigten Zwischenlager ernst genommen und in wirkungsvolle Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Wir bekennen uns zum verabredeten Vorgehen der Suche
sicherer Lager für den Atommüll. Entscheidend für den Lagerstandort sind höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen Bedingungen und Rückholbarkeit. Die Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen.

Die Produktion von Brennstäben in Lingen und Gronau werden wir umgehend beenden. Hier wird
der Rohstoff für Reaktoren in Dutzenden anderen Ländern erzeugt, denen damit im schlimmsten

Fall auch Zugang zu Atomwaffen gewährt wird. Einer „Modernisierung“ der zivilen Nutzung der Atomenergie erteilen wir eine klare Absage. Am Beispiel der „small nuclear reactors“ zeigt sich, dass dieses Konzept weder ein Beitrag zur sicheren, klimaneutralen Energieversorgung ist, noch den radioaktiven Abfall auf Null reduziert. Vielmehr wird ein weiteres unkontrollierbares Einfallstor zur Proliferation (unkontrollierte Verbreitung von Techniken und waffenfähigem Material) geöffnet.

Wir werden mit der umgehenden Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages und damit dem Ende der Nuklearen Teilhabe Deutschlands, dafür eintreten, dass eine vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Die letzten Atomwaffen in Büchel werden wir umgehend abgeben. Den aufkeimenden Diskussionen um eine europäische
Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige Absage.

3. **Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona Pandemie werden eine künftige Regierung im Jahr 2022 mit aller Härte einholen und treffen. Auch wenn soziale Folgen durch Kurzarbeitergeld, diverse Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen, aber besonders große

Industriebetriebe der Reisebranche, Automobilindustrie, des Handels u. a., zunächst gemildert wurden, stehen alle Zeichen auf schwere wirtschaftliche Verwerfungen. Bereits

jetzt kündigen von Steuerzahler*innen und Sozialabgaben-Zahler*innen geförderte Unternehmen Massenentlassungen bei gleichzeitiger Dividendenausschüttung an. Als vollkommen unzureichend haben sich die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen der Kultur, Künstler, Musiker, Freiberufler und so weiter, erwiesen. Fatal zeigen sich bereits in der Corona Krise die katastrophalen Folgen der Privatisierung und Kapitalisierung des Gesundheitswesens: Profitmaximierung führte zu Personalabbau, schlechten Löhnen und einer rein marktgetriebenen Verringerung der Zahl der Krankenhäuser.

Die zu erwartenden wirtschaftlichen Umbrüche werden für eine neue Regierung unmittelbar nach den Wahlen eine ungeheure Herausforderung sein. Maßnahmen zur Ertüchtigung unserer Sozialsysteme, des Bildungs- und Gesundheitswesens sind unumgänglich. Dabei müssen alle Entwürfe auf den Prüfstand. Dazu gehört auch die Prüfung einer Abkehr vom bisherigen Sozialstaatsverständnis. Eine künftige Regierung unter unserer Beteiligung muss die soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Sie muss sich der Diskussion für neue Modelle (z.B. ein Grundeinkommen für Künstler*innen) öffnen, Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes ergreifen. Sie muss eine Umverteilung der Steuern und Soziallasten nach sozialen Gesichtspunkten in Angriff nehmen, ohne dabei Energieverschwendung und Autoverkehr zu subventionieren. Und sie muss die kontinuierliche Bevorzugung der hohen privaten Einkommen beenden. Maßnahmen in den Sozialsystemen, die dazu dienen, Menschen in irgendeiner Form zu schikanieren, unter Zwang zu irgendwelchen Maßnahmen oder Tätigkeiten zu bewegen, lehnen wir ab und sofern solche bereits angewendet werden, wird eine künftige Regierung unter unserer Beteiligung sie als eine der ersten Amtshandlungen beseitigen.

4. **Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner und ein guter Nachbar. Deshalb werden wir uns am aktuellen Wettrüsten nicht mehr beteiligen. Wir werden stattdessen die Rüstungskosten weiter reduzieren und die freiwerdenden Gelder in zivile Präventions- und Krisen-Interventionsmaßnahmen investieren.

Deutschland trägt seit Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.

Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. CETA und TTIP sind keine fairen Handelsabkommen und daher abzulehnen. Wir wollen die Überfischung durch internationale Fangflotten beenden helfen. Vorrang für uns haben regionale Wirtschaftsstrukturen der durch die rücksichtslose Überfischung betroffenen Küsten Afrikas und anderswo. Den Übergang für die betroffenen Menschen möchten wir in Zusammenarbeit mit

den Arbeitnehmer*innen-Vertretungen und Arbeitsgeber*innen sozialverträglich gestalten. Wir werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaveränderung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Kein Mensch flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen

5. Integration zum Erfolg führen

Gemeinsam mit den europäischen Partner*innen werden wir in der künftigen Regierung, den humanitären Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Der Tod in der Sahara, im Mittelmeer und Atlantik muss ein Ende haben. Allen Maßnahmen, die eine „Festung Europa“ fördern, erteilen wir eine Absage. Mit uns gibt es weder eine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht noch Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Wir lehnen das Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, das ist ein höchstes, humanitäres Gebot. Deutschland war schon immer eine Einwanderungsgesellschaft. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird ein fortschrittliches Einwanderungsgesetz schaffen, das auch außerhalb des Asylrechts, gerechte Einwanderungsmöglichkeiten ermöglicht. Wir werden das Asylrecht zu Gunsten der Asylsuchenden reformieren und uns in den internationalen Organisationen für eine humanitäre Reform der Flüchtlingshilfe einsetzen.

6. Europäische Union stärken - Europa zusammenführen

Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung investieren und damit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend der europäischen Politik und die daraus entstehenden Entscheidungen für Bürger*innen verstehbar machen. In den Parlamenten müssen
wir mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um der Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung in Europa entgegenzuwirken. Wir fordern Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen Jugendarbeitslosigkeit. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, demokratiefeindliche, autoritär-staatliche Tendenzen mit geeigneten Bildungsprogrammen entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes zu stärken und den Gedanken der Entwicklung der Europäischen Union von der wirtschaftlichen zur politischen Union zu fördern. Einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der EU sehen wir im anzustrebenden Prozess zum Entwurf einer gemeinsamen, fortschrittlichen, politischen Verfassung der Mitgliedsstaaten der EU. Wirtschaftlich wird sich eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung für die Schließung von Steuerschlupflöchern, der Steuerkonkurrenz und gegen alle Formen der Steuervermeidung einsetzen.

7. Familien stärken, Kinder fördern, Ältere schützen

Die Corona Pandemie hat einen fatalen gesellschaftlichen Rückfall bewirkt. Eine der Maßnahmen war die Auslagerung der Arbeit in die Haushalte der Arbeitnehmer*innen. Dabei blieb weder berücksichtigt, wer etwa steigende Energiekosten übernimmt, noch, wer am Ende

den „Preis“ für die enorme Mehrbelastung in den Familien trägt. Es sind aktuell einmal mehr Frauen, denen einerseits die Belastungen aus Beruf und andererseits die Belastungen aus Haushalt, Kinder, Küche aufgenötigt werden. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird sich einer Fortsetzung dieses konservativen Rückschrittes mit geeigneten Maßnahmen entgegenstellen. Alle Unterlassungen zur Zementierung dieses unhaltbaren Zustandes, werden wir zurückweisen.

Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in die – durch Corona stark geschwächte – Bildung und in bessere Kita-Qualität. Wir schaffen intakte und zeitgemäß gut ausgestattete Schulen, die auf dem neuesten Stand fit gemacht werden, auch für künftige, leider nicht auszuschließende Pandemien. Wir beseitigen endlich die Kinderarmut und verbessern die Familienförderung.

8. Mobilität neu definieren – Verkehr sinnvoll verringern, ÖPNV stärken, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen

Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme. Zahlreiche Lösungsentwürfe, Studien und Planungen liegen in den Schubladen kompetenter Wissenschaftler*innen, der Industrie und der Politik. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung muss mit der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verkehrsverringerung beginnen,
bereits eingeleitete Entwicklungen unterstützen und für gesellschaftliche Akzeptanz werben. Die aktuelle Pandemie hat einen starken Digitalisierungsschub ausgelöst, der den Umfang des Berufsverkehrs teilweise erkennbar verringert hat. Hier wird eine im Umfang nicht abschätzbare Verhaltensänderung erwartet. Die Bauwirtschaft wird betroffen sein, der Bedarf an Dienstfahrzeugen dürfte sinken, während die Anforderungen an digitale Zusammenarbeit steigen werden.

Sowohl der ÖPNV als auch das wirtschaftliche Transportwesen bedürfen einer existenziellen Reform und Ertüchtigung. Der ÖPNV muss für die aktuelle und künftig zu erwartenden Pandemien
fit gemacht werden. Für das Transportwesen müssen kombinierte Fernverkehrssysteme (Bahn) und
umweltschonende LKW gefördert werden. Deutsche Blockaden, wie die Zugänge zu den Alpenquerungen per Bahn, müssen umgehend beendet werden. Kleinteiliges Denken und sinnfreier
Streit über „Antriebsarten“ sollte beendet werden und an dessen Stelle pragmatisch nach Sinn, Zweck und Ziel von Transport gefragt werden.

Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir neue Modelle, bessere Übergangsmöglichkeiten vom Rad zum Bus und Zug, regelmäßige Anbindung aller Ortschaften mit angepassten Systemen
(Ruf- und Sammelbuslinie usw.).

9. Freiheit bewahren, Sicherheit stärken, Gefahren vorbeugen

Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus ist eine der Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte sich in unserem Land viel zu lange ohne wirksame Abwehr ausbreiten. Berichte aus der Mitte der Dienste und der Einrichtungen die zur Sicherheit unserer Bürger*innen und dem Schutz der Gesellschaft und ihrer Verfassung dienen,

erregen Besorgnis. Sie weisen kaum zu übersehende Defizite hinsichtlich des Verständnisses von Demokratie, Freiheit, Menschenrecht, Asylrecht, bürgerliche Rechte, Meinungsfreiheit, Datenschutz usw., auf. Eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung wird sich unverzüglich der Überprüfung und ggf., der Reform der Ausbildung in Polizei, Bundeswehr, Anwalt- und Richter*innenschaft annehmen. Rechtsradikales, rassistisches, antisemitisches und menschenverachtendes Gedankengut bis hin zu Mordaufrufen (NSU 2.0, KSK, Mordlisten) haben keinen Platz in den Einrichtungen unseres Rechtsstaates und müssen als Verbrechen geahndet werden. Vertreter*innen solchen Gedankengutes müssen aus dem Dienst entlassen und
strafrechtlich verfolgt werden.

Polizei, Bundeswehr und andere Dienste, die Gerichte und andere Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaates müssen prioritär wieder in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. Eine Grüne Beteiligung in der Regierung erfordert den Personalnotstand, die digitale Unterversorgung und die materiellen Mängel in den der Sicherheit dienenden Einrichtungen zu beseitigen. Dazu gehören in besonderem Maße die Prüfung, Modernisierung und Stärkung der Ausbildungseinrichtungen.

10. **Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

Der größte Teil der Landwirtschaft ist von der chemischen Industrie abhängig. Eine Regierung unter Grüner Beteiligung wird Maßnahmen ergreifen, die Rechte der ökologisch orientierten Landwirtschaft gegenüber den Interessen der chemischen Industrie zu stärken.

Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die das Klima schützt, statt ihm zu schaden, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, statt sie zu verschmutzen, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, statt Bienen- und Vogelsterben zu verursachen. Das Ziel ist, Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft umzustellen – ohne Massentierhaltung, Ackergifte, Gentechnik und Hormonverabreichung und mit guten und sicheren Arbeitsplätzen. Wir wollen alle Subventionen und Ausnahmen für die Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns für ein neues Tierschutzrecht ein, um die industrielle Massentierhaltung durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Mit den Interessenvertretungen der betroffenen Berufsgruppen wird die Regierung sozialverträgliche Übergangsregelungen vereinbaren.

Unser verbindliches Angebot

Diese zehn Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen. Sie zeigen die unverzichtbaren Mindestanforderungen an eine künftige Regierung unter Grüner Beteiligung, ob nun als Mehrheitspartei oder als „zweite*r“ Partner*in einer möglichen Koalition. Es ist unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Dabei wird es mit den Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE oder möglicherweise einer neu in den Bundestag einziehenden demokratischen Partei zu Koalitionsgesprächen kommen. Wir erwarten von unseren Abgeordneten,
diese 10 Punkte als essenzielle Mindestforderungen der Grünen Partei zu verhandeln, wenn sie sich an einer Regierung beteiligen soll. Je stärker die Grünen im nächsten Deutschen Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir haben, um diese Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es nicht. Sollte es

erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen.

Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte lebenswerte, dem Klima- und Umweltschutz, dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete
Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Begründung

Wir, die Antragsteller*innen, halten es für unerlässlich, den Wähler*innen transparent und offen vor der Wahl zu sagen, was sie im Zuge von Koalitionsverhandlungen, als essenzielle Grüne Agenda unserer in den Bundestag entsandten Abgeordneten bei einer Regierungskoalition, erwarten dürfen. Ex-Kanzler Schröder sprach einmal von der „nötigen Beinfreiheit“, die es für Koalitionsverhandlungen brauche. Diese wollen wir mit dem 10-Punkte für grünes Regieren nicht einschränken. Dennoch gibt es in jeder Verhandlung eine rote Linie. Unsere Partei ist kein „Geheimbund“. Es ist kein Nachteil, das Gegenüber bei Verhandlungen frühzeitig von den Grenzen des Machbaren in Kenntnis zu setzen. Im Gegenteil. Das spart Zeit und die Verhandlungspartner*innen können sich auf das Wesentliche konzentrieren.
Der 10-Punkte Plan ist die Zusammenfassung unseres Grundsatzprogrammes und spiegelt die im Entwurf des Wahlprogrammes entwickelten Ziele für die Regierungsarbeit der kommenden vier Jahre, sollten wir GRÜNE an einer Regierung beteiligt sein.
Wenn an der einen und anderen Stelle im Zuge der Programm-Debatte des Parteitages einzelne Punkte nach Beschlusslage modifiziert werden müssen, spricht das nicht gegen den 10 Punkte Plan als Anhang. Die Antragsteller*innen sind, für sich daraus ergebende, notwendige Änderungen natürlich aufgeschlossen.

weitere Antragsteller*innen

Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Andreas Müller (KV Essen); Christopher Graf (KV Goslar); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Martin Schmidt (KV Chemnitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land)